

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Deutsche Demokratische Republik war, ist und bleibt ein treuer Freund und zuverlässiger Verbündeter der kämpfenden Völker Indochinas und der arabischen Welt, der Völker Asiens und Afrikas sowie der nach nationaler Freiheit und Unabhängigkeit und sozialem Fortschritt strebenden Völker Lateinamerikas.

Diese antiimperialistische Haltung hat der DDR die Achtung und Wertschätzung der Völker dieser Kontinente erworben. Nachdem in den letzten zwei Jahren diplomatische Beziehungen zu 16 Staaten hergestellt worden sind, unterhält die DDR heute zu 29 Staaten normale, völkerrechtliche Beziehungen. Zu weiteren 32 Staaten bestehen konsularische oder andere zwischenstaatliche Beziehungen. In diesen 61 Staaten leben - verteilt auf vier Kontinente - mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung.

Die DDR hat seit dem VII. Parteitag über 900 zwei- und mehrseitige internationale Verträge geschlossen, auf deren Grundlage sie immer umfassender an der friedlichen internationalen Zusammenarbeit teilnimmt. Sie ist gleichberechtigter Partner solcher weltweiten - für die Sicherung des internationalen Friedens äußerst bedeutsamen - Abkommen geworden wie des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und des Vertrages über das Verbot der Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund.

Die Stärkung der internationalen Position der DDR drückt sich auch in den Fortschritten aus, die trotz imperialistischen Widerstandes im Ringen um die gleichberechtigte Mitarbeit und Mitgliedschaft der DDR in den Spezialorganisationen der Vereinten Nationen erzielt worden sind.

Die breite Bewegung für die Herstellung normaler, völkerrechtlicher Beziehungen zur DDR veranlaßt immer häufiger maßgebliche Politiker und Regierungsvertreter west- und nordeuropäischer Staaten, zum Ausdruck zu bringen, daß sie eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR für notwendig und unausweichlich erachten. Zwar werden manche von ihnen durch die von der BRD veranlaßten NATO-Beschlüsse noch davon abgehalten, den zeitgemäßen und notwendigen Schritt zur Normalisierung der Beziehungen ihres Landes zur DDR zu tun. Gleichzeitig lassen aber auch einige keinen Zweifel daran, daß sie ihre eigenen nationalen Interessen an gesamteuropäischer Zusammenarbeit, in die auch die DDR gleichberechtigt eingeschlossen ist, nicht erst im Nachtrab der Bundesrepublik vertreten werden. Wir haben auf unserem VII. Parteitag im Hinblick auf die afroasiatischen Staaten gesagt, die Herstellung normaler, völkerrechtlicher Beziehungen steht auf der Tagesordnung. Diese Voraussage hat sich